

TAGUNGSBERICHT

Projekt: Brüssel
Datum: 13. Mai 2016

Afrika und Europa: gemeinsame Chancen und Herausforderungen

In Zeiten großer Instabilität in mehreren Regionen Afrikas und anhaltender Migrationsströme sind gute Beziehungen zwischen Europa und Afrika wichtiger denn je. Vor dem Hintergrund anstehender Verhandlungen über ein Folgeabkommen zwischen der EU und der Afrika-Karibik-Pazifik-Gruppe (AKP) nach 2020 luden Hanns-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Europäischen Netzwerk Politischer Stiftungen (ENoP) am 2. und 3. Mai 2016 zu einem Austausch in Brüssel ein. Afrikanische Experten aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft diskutierten mit Vertretern von EU und Think Tanks über eine effizientere Kooperation. Hierbei wurden Themen von gemeinsamem Interesse angesprochen, wie Konfliktprävention und Friedensförderung oder nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Migration.

Bei der Auftaktveranstaltung betonte der Europaabgeordnete Michael Gahler (CDU), der als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zum panafrikanischen Parlament intensiv mit Afrika arbeitet, wie wichtig gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung für eine wirksame Zusammenarbeit seien. Hierbei solle die Kooperation über traditionelle Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen und verstärkt die Wirtschaft einbinden. Zur Schaffung eines förderlichen Investitionsklimas sei ein verlässliches Rechtssystem nötig. Bei der Struktur der Partnerschaft hielte er es für sinnvoll, die AKP-Strategie mit der EU-Afrika-Strategie zu kombinieren, um Doppellagen zu vermeiden und Finanzmittel zu vereinheitlichen.

Während der Diskussion sprachen Teilnehmer die neue Nachhaltigkeitsagenda 2030 an, die sich im universellen Gedanken und globalen Ansatz von der Entwicklungshilfe der 70er-Jahre unterscheidet. Diese Aspekte sollten in das AKP-Folgeabkommen aufgenommen werden; dies gelte ebenfalls für die Entwicklungsagenda der Afrikanischen Union (AU), die Agenda 2063. Auch sei das Fortschreiten der regionalen Integrationsprozesse auf dem Kontinent, insbesondere im westlichen, südlichen und östlichen Afrika, ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung.

Die Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit ist ein Eckpfeiler der EU-Afrika-Beziehungen. Nach dem kroatischen Europaabgeordneten Davor Stier, EVP-

Koordinator im Entwicklungsausschuss, sei es als Erfolg zu werten, dass die Themen Frieden und Sicherheit durch den Verweis auf gute Regierungsführung im Nachhaltigkeitsziel (SDG) Nummer 16, formell in die Entwicklungsagenda integriert wurden.

Botschafter Teferra Shiawl-Kidanekal vom äthiopischen Institute for Advanced Research nannte den Friedensprozess in Südsudan als Beispiel für gute Synergie zwischen Vereinten Nationen (VN), AU und EU. Während VN und AU Truppen einsetzten, habe die EU maßgeblich den politischen Friedensprozess unterstützt. Wichtig seien dabei die Einbeziehung von Menschenrechtsstandards und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Auf deren Rolle im Konfliktmanagement ging Hernán Longo vom südafrikanischen Institute for Security Studies ein. Die Zivilgesellschaft habe durch ihren Neutralitätsanspruch die Fähigkeit, verschiedene Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, die konkrete Situation vor Ort zu analysieren und Regierungshandeln zu überwachen.

Zum Thema nachhaltige Entwicklung wurde die Notwendigkeit diskutiert, dass Europa im Bereich des Handels zwischen der EU und Afrika seine Sprache ändern müsse. Um das Interesse der Wirtschaft an Afrika zu wecken, müssten die Chancen und nicht die Schwierigkeiten des Kontinents betont werden. Einer McKinsey-Studie zufolge werde die Wirtschaftskraft Afrikas bis 2020 vergleichbar sein mit der Frankreichs. Eine Ressource des Kontinents seien insbesondere seine jungen Menschen, so Tom Mboya, Vorsitzender der kenianischen Democratic Congress Party. Ein Augenmerk sei deshalb speziell auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu legen. Hierfür sollte der Zugang zur Finanzierung in Sektoren mit Wachstumspotenzial, wie der Tourismusbranche, gefördert werden, ebenso wie der Ausbau von Infrastruktur und Ausbildung. Ein weiteres Potenzial Afrikas liege laut Mwila Kamwela von der Afrikanischen Entwicklungsbank, in seinen Rohstoffen. Regierungen müssten allerdings konsequentere Steuerabkommen mit den Unternehmen aushandeln und die Menge der förderfähigen Bodenschätze selbst schätzen lassen, um eine bessere Kontrolle ausüben zu können. Weiterhin wurde erörtert, inwieweit Afrika eine „industrielle Bewusstwerdung“ benötige, um seine Menschen von Konsumenten zu Produzenten zu machen. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) müssten auf die Bedürfnisse und Befürchtungen der afrikanischen Staaten abgestimmt sein – so könnten sie zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Migration wird aktuell vielerorts kontrovers diskutiert. Wie Michael Gahler ausführte, beziehe sich das kurzfristige Handeln der EU auf die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Er bedauere, dass es Europa nicht schaffe, die Menschen ausgewogen zu verteilen und sich rechtspopulistische Stimmen die Lage zu Nutze machten. Langfristig seien die tiefliegenden Gründe des Abwanderns anzugehen, die in einem Mangel an Perspektiven wegen schlechter Regierungsführung, großer Wohlstandsdiskrepanz und Arbeitslosigkeit lägen. Legale Migration müsse neu definiert werden, um Möglichkeiten für Studium, Ausbildung oder Saisonarbeit in Europa zu schaffen. Dies solle in einem abgestimmten europäischen Ansatz erfolgen. Auch müssten mit afrikanischen Regierungen für Migranten Wege zur Rückkehr gefunden werden, solange diese sich nicht akuter Gefahr aussetzen.

Die Beraterin des senegalesischen Präsidenten Dr. Penda Mbow konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf die Jugend, die entsprechend der Realitäten und Bedürfnisse in Afrika ausgebildet werden müsse, um Entwicklung mitzugestalten. Handwerk und technische Ausbildung seien zu fördern. Ein Beitrag von zivilgesellschaftlichen Organisationen könnte es sein, die afrikanische Jugend über die schwierigen Bedingungen der Flüchtlinge in Europa zu informieren.

In der „Globalen Strategie zur Außen- und Sicherheitspolitik“, die der Europäische Auswärtige Dienst bis Juni 2016 vorbereiten werde, sei ein umfassender Ansatz zur Migration enthalten, so Botschafter Filiberto Ceriani Sebregondi. Dieser schließe die Aspekte Konfliktprävention, Menschenrechtsschutz, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ein. Der eingerichtete Treuhandfonds im Nachgang des Valetta-Migrationsgipfels im November 2015 über 1,8 Milliarden Euro ermögliche die Finanzierung länderspezifischer Lösungen entsprechend eines Aktionsplans.

Die Vertreterin der Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission, Rosario Bento Pais, stellte Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und Kommunen zur Sensibilisierung und Kapazitätenbildung beim Thema Migration vor.

Am Beispiel Marokko verdeutlichte Prof. Dr. Abderrahim El Maslouhi von der Mohammad V Universität das Dilemma eines Staates zwischen europäischen und afrikanischen Interessen. Marokko könne als Transit- und Gastland nicht die Migrationspolizei für Europa sein und sehe sich außer Stande, Flüchtlinge an der Weiterreise nach Europa zu hindern und für ihre Rückführung verantwortlich zu sein. Im Jahre 2013 habe sein Land beispielsweise allen Personen ohne Aufenthaltstitel aus Subsahara-Afrika Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt. Aus seiner Sicht behandelten alle Abkommen zur Rückführung lediglich Wirkungen, während es eine globale Strategie basierend auf gemeinsamer Entwicklung und Demokratie brauche. Migration werde es immer geben. Entweder sei Wohlstand dort, wo sich die Menschen aufhielten, oder aber die Menschen gingen dorthin, wo sie ihn fänden.

Die Tagung machte die Vielschichtigkeit und auch Komplexität der EU-Afrika-Beziehungen deutlich. Dabei scheinen die Mechanismen der Kooperation bei der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit strukturiert und klar. In anderen Bereichen ist dies weit weniger der Fall. Insofern ist ein informeller Austausch wie dieser, der Sichtweisen und Bedürfnissen aus Afrika und Europa Gehör verschafft und neue Wege der Partnerschaft aufzeigt, von großer Bedeutung.

Autorin: Katharina Patzelt

Die Autorin ist Programm-Managerin der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel für den Entwicklungspolitischen Dialog

IMPRESSUM

Erstellt: 13. Mai 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de